

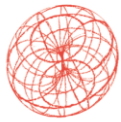
Sessionsvorschau Herbstsession 2019 – Netzwerk Kinderrechte

Drei Geschäfte der Herbstsession 2019 stehen aus kinderrechtlicher Sicht im Fokus: Im Ständerat wird über eine neu zu schaffenden Ombudsstelle für Kinderrechte sowie über eine Standesinitiative zu einem Verbot der Administrativhaft von Kindern debattiert. Und der Nationalrat setzt sich mit der Initiative zum Vaterschaftsurlaub und den zugehörigen Gegenvorschlag auseinander.

Die Initiative 'Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie' ([18.052](#)) verlangt, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf einen mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaub erhalten. Wie bei der Mutterschaftsentschädigung beträgt der Einkommensersatz 80 Prozent des Einkommens. Vor der Sommersession reichte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates einen indirekten Gegenentwurf ([18.441](#)) ein, welcher einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vorsieht und innerhalb von 6 Monaten nach der Geburt zu beziehen ist. Der Gegenentwurf wird durch den Ständerat befürwortet. Beide Geschäfte werden nun im Nationalrat verhandelt.

Durch die Motion Noser ([19.3633](#)) soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Die Ombudsstelle soll Kinder bezüglich ihrer Rechte beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Ferner soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Der Bundesrat erachtet aber die Koordination zwischen bereits bestehenden Stellen als zielführender und spricht sich gegen die Schaffung einer neuen Stelle auf Bundesebene aus. Nun steht das Geschäft im Ständerat zur Debatte an.

Schliesslich steht die Standesinitiative 'Stopp der Administrativhaft für Kinder' des Kantons Genf ([18.321](#)) auf der Agenda des Ständerats. Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten wird. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich gegen ein Verbot aus, fordert aber die Kantone auf, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und verhältnismässig anzuwenden.



Programm

Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
09.09.2019	10.09.2019	11.09.2019	12.09.2019	13.09.2019

Geschäft des Bundesrates

Für einen vernünftigen
Vaterschaftsurlaub - zum
Nutzen der ganzen
Familie. Volksinitiative.

[18.052](#)

Parlamentarische Initiative

Indirekter Gegenentwurf
zur Vaterschaftsurlaubs-
Initiative

[18.441](#)

*(gemeinsame Behandlung
mit 18.052)*

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
09.09.2019	10.09.2019	11.09.2019	12.09.2019	13.09.2019

Standesinitiative

Stopp der Administrativ-
haft für Kinder!

[18.321](#)

Interpellation

Noser Ruedi

Wer schliesst die Lücken
im Bereich Kinderrechte?

[19.3405](#)

Motion

Noser Ruedi

Ombudsstelle für
Kinderrechte

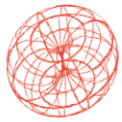
[19.3633](#)

Motion

Zanetti Roberto

Ersatzleistungen für Dritt-
betreuungskosten infolge
krankheits- oder unfall-
bedingter Unfähigkeit zur
Betreuung von betreu-
ungsbedürftigen Personen

[19.3705](#)



Sessionswoche 1

Ständerat

Montag

Dienstag

Mittwoch

Donnerstag

Freitag

09.09.2019

10.09.2019

11.09.2019

12.09.2019

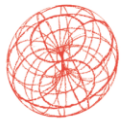
13.09.2019

Motion

Müller Philipp

**Für einen modernen und
flexiblen Elternurlaub**

[19.3738](#)



Sessionswoche 2

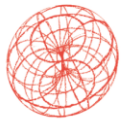
Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
16.09.2019	17.09.2019	18.09.2019	19.09.2019	20.09.2019
	Geschäft des Bundesrates	Motion		
		WBK-NR		
	Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten	Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität.		
	18.050	19.3418		

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
16.09.2019	17.09.2019	18.09.2019	19.09.2019	20.09.2019
	Interpellation		Geschäft des Bundesrates	
	Maury Pasquier Liliane			
	Schweizer Kinder von Dschihadisten zurückholen		Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung	
	19.3745		18.091	
			Motion	
			WBK-SR	
			Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz	
			19.3953	
			Postulat	
			WBK-SR	
			Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention	
			19.3954	
			(gemeinsame Behandlung mit 19.3953)	



Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
23.09.2019	24.09.2019	25.09.2019	26.09.2019	27.09.2019

Geschäft des Bundesrates

**Verbesserung der
Vereinbarkeit von
Erwerbstätigkeit und
Angehörigenbetreuung.
Bundesgesetz**

[19.027](#)

Motion *

Feri Yvonne

**Werbebeschränkungen für
Säuglingsanfangs- und
Folgenahrung**

[17.3661](#)

Motion *

Quadranti Rosmarie

**Statistische Erfassung von
"hate crimes" aufgrund
von sexueller Orien-
tierung, Geschlechts-
identität, Geschlechts-
ausdruck oder
Geschlechtsmerkmalen**

[17.3667](#)

Motion *

Kälin Irène

**Kostenbefreiung für
Schwangere während der
ganzen Schwangerschaft**

[19.3070](#)

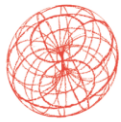
Postulat *

Gugger Niklaus-Samuel

**Geht es den Kindern gut,
geht es der Schweiz besser**

[19.3262](#)

* Kurzdebatte, gebündelte
Abstimmungen



Sessionswoche 3

Ständerat

Montag

23.09.2019

Dienstag

24.09.2019

Mittwoch

25.09.2019

Donnerstag

26.09.2019

Freitag

27.09.2019

Motion

Eymann Christoph

**Frühe Sprachförderung vor
dem Kindergarteneintritt**

**als Voraussetzung für
einen Sek-II-Abschluss und**

**als Integrations-
massnahme**

[18.3834](#)

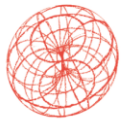
Standesinitiative

Integrationskosten

[19.303](#)

(gem. Behandlung mit

18.3834)



Übersicht relevante Geschäfte der Herbstsession 2019

Standesinitiative

[18.321](#)

Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich dagegen aus, die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten zu verbieten, wie dies eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert. Vielmehr sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden.

Traktandiert im Ständerat (09.09.2019).

Geschäft des Bundesrates

[18.052](#)

Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative.

Die Initiative will dem Bund die Aufgabe übertragen, eine Vaterschaftsversicherung einzurichten. Sie verlangt, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf einen mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaub erhalten, der über die Erwerbssersatzordnung (EO) entschädigt würde. Der Einkommensersatz würde wie bei der Mutterschaftsentschädigung 80 Prozent des Einkommens betragen, aber höchstens 196 Franken pro Tag. Ein solcher Urlaub würde schätzungsweise 420 Millionen Franken pro Jahr kosten. Dieser Betrag entspricht einem EO-Beitragssatz von 0,11 Prozent.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Initiative. Im Ständerat wurde der Gegenentwurf [18.441](#) initiiert.

Traktandiert im Nationalrat (11.09.2019).

Parlamentarische Initiative SGK-SR

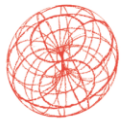
[18.441](#)

Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates folgende parlamentarische Initiative als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie" mit folgenden Eckwerten ein:

- Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen;
- zu beziehen in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes (tageweiser Bezug möglich);
- zu regeln im Obligationenrecht;
- finanziert über die Erwerbssersatzordnung.

Der Ständerat wählte anlässlich der Sommersession 2019 beim Vaterschaftsurlaub den Kompromiss: Er sprach sich für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub aus. Vier Wochen, wie es eine Volksinitiative fordert, waren dem Rat



zu teuer. Gar kein Urlaub, wofür der Bundesrat plädierte, sei aber nicht zeitgemäss. Am 18. August 2019 hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates den indirekten Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative mit 15 zu 10 Stimmen angenommen.

Traktandiert im Nationalrat (11.09.2019), gemeinsame Behandlung mit 18.052 (Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative).

Interpellation Noser Ruedi

[19.3405](#)

Wer schliesst die Lücken im Bereich Kinderrechte?

Die primären Rechtsvertretungen für Kinder sind in der Regel die Eltern. Manchmal können die Eltern ihre Verantwortung aber nicht mehr wahrnehmen - sei es wegen Interessenkonflikten im Zusammenhang mit umstrittenen Scheidungen, des Todes der Eltern oder des Entzugs des Sorgerechts. In solchen Situationen ist das Recht der Kinder auf Information und Beratung, auf Gehör und auf Schutz bedroht. Der Bundesrat hat sich bis anhin gegen eine Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche ausgesprochen, die die Kinderrechte schützen könnte. In seiner Antwort auf die Motion 14.3758 verweist er auf eine "Vielzahl von Akteuren", die "Teilaufgaben einer solchen Ombudsstelle" wahrnehmen, und empfiehlt mehr Koordination. Mit verschiedenen Fragen an den Bundesrat weist der Interpellant auf Lücken hin.

Traktandiert im Ständerat (12.09.2019).

Motion Noser Ruedi

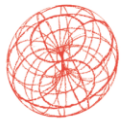
[19.3633](#)

Ombudsstelle für Kinderrechte

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Diese müssen die notwendigen Kompetenzen bezüglich Informationsaustausch mit Behörden und Gerichten mit einem Auskunftsrecht schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Die Ombudsstelle muss von der Verwaltung unabhängig und allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre aus der ganzen Schweiz sowie ihnen nahestehenden Personen niederschwellig zugänglich sein. Sie muss Kinder bezüglich ihrer Rechte informieren und beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Wenn nötig, soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Kinder und Jugendliche mit Fragen, die nicht rechtlicher Natur oder bereits abgedeckt sind, soll die Ombudsstelle an die bereits vorhandenen Angebote verweisen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Traktandiert im Ständerat (12.09.2019)



Motion Zanetti Roberto

[19.3705](#)

Ersatzleistungen für Drittbetreuungskosten infolge krankheits- oder unfallbedingter Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, Lösungsvorschläge aufzuzeigen, die befristete Ersatzleistungen für Drittbetreuungskosten vorsehen, welche aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen anfallen.

Wenn aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Betreuungsunfähigkeit (z. B. Spitalaufenthalt, Bettlägrigkeit etc.) betreuungsbedürftige Personen, insbesondere Kinder, in Drittbetreuung gegeben werden müssen, können beträchtliche Kosten erwachsen. In der Regel wird das Problem im Familien- und Bekanntenkreis gelöst werden können. In den wenigen Fällen, wo das nicht möglich ist, drohen hohe Drittbetreuungskosten. Während die krankheits- oder unfallbedingten Heilungskosten und Erwerbsausfälle in der Regel versichert sind oder versichert werden können, gibt es für die entsprechend bedingten Drittbetreuungskosten keine adäquate Lösung.

Traktandiert im Ständerat (12.09.2019).

Motion Müller Philipp

[19.3738](#)

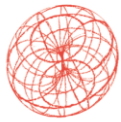
Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten, damit ein Elternurlaub eingeführt wird. Im Gegensatz zur Volksinitiative für einen 4-wöchigen Vaterschaftsurlaub soll eine flexiblere Lösung gefunden werden und die Rollenmodelle von Mutter und Vater nicht weiter zementiert werden. Der bestehende Mutterschaftsurlaub soll durch einen 16-wöchigen Elternurlaub ersetzt werden und folgende Kriterien erfüllen:

1. Die acht ersten Wochen nach der Geburt sind reserviert für die Mutter.
2. Die weiteren acht Wochen können flexibel und einvernehmlich auf beide Eltern verteilt werden.
3. Bei Nichteinigung der Eltern sind 14 Wochen der Mutter gesetzlich zugesichert und die zwei restlichen Wochen dem zweiten Elternteil.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion

Traktandiert im Ständerat (12.09.2019).



Geschäft des Bundesrates

[18.050](#)

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

Bei der direkten Bundessteuer (DBST) sollen Eltern künftig die Kosten für die Kinderdrittbetreuung bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute liegt der Betrag bei 10'100 Franken. Im Vorentwurf wollte der Bundesrat zudem auch festlegen, dass die Kantone einen Abzug von mindestens 10'000 Franken bei den Kantonssteuern gewähren müssen. Dies wurde jedoch nach Kritik der Kantone im Rahmen der Vernehmlassung wieder aus der Vorlage gelöscht.

Der Nationalrat hat das Geschäft angenommen. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für den höheren Abzug für die Kinderbetreuung ausgesprochen. Im Gegensatz zum Nationalrat ist der Ständerat gegen eine zusätzliche Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6'500 CHF auf 10'000 CHF. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat sich am 20. August 2019 mit der einzigen verbleibenden Differenz in der Vorlage (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten) befasst. Sie beantragt ihrem Rat mit 12 zu 12 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten (Rime), am Beschluss, den der Nationalrat in der Frühjahrsession getroffen hatte, festzuhalten.

Traktandiert im Nationalrat (17.09.2019).

Interpellation Maury Pasquier Liliane

[19.3745](#)

Schweizer Kinder von Dschihadisten zurückholen

In der Erklärung vom 28. Mai 2019 drängt Dunja Mijatovic, Menschenrechtskommissarin des Europarates, die europäischen Staaten dazu, ihre minderjährigen Staatsangehörigen aus dem Lager Al-Hol in Syrien dringend wieder zurückzuholen. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 8. März 2019 Ziele und eine Strategie im Umgang mit terroristisch motivierten Reisenden festgelegt, die eine Schweizer Staatsangehörigkeit haben, und verkündet, dass für Minderjährige eine aktive Rückführung geprüft werden könne, wobei das Kindeswohl massgeblich sei. Die Interpellation soll klären, ob der Bundesrat bereit ist, rasch zu handeln und Schweizer Kinder von Dschihadisten aus den Lagern zurückzuholen.

Traktandiert im Ständerat (17.09.2019).

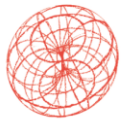
Motion WBK-NR

[19.3418](#)

Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität.

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen.

Traktandiert im Nationalrat (18.09.2019).



Geschäft des Bundesrates

[18.091](#)

Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung

Arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen, sollen Anrecht auf Familienzulagen haben. Auch die Voraussetzungen für den Bezug von Ausbildungszulagen sollen angepasst werden. Weiter soll im Familienzulagengesetz (FamZG) eine Gesetzesgrundlage für Finanzhilfen an Familienorganisationen geschaffen werden. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 30. November 2018 die Botschaft zur entsprechenden Änderung des FamZG an das Parlament überwiesen.

Arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen, sollen Anspruch auf eine Familienzulage haben. Dies ist heute nicht der Fall. Hat beispielsweise in Folge einer fehlenden Vaterschaftsanerkennung keine andere Person einen Anspruch auf Familienzulagen, wird für das Kind keine Zulage ausgerichtet. Ausserdem sollen Eltern bereits ab dem Zeitpunkt, in dem ihre Kinder das 15. Altersjahr vollendet haben und sich in einer nachobligatorischen Ausbildung befinden, Anspruch auf Ausbildungszulagen haben. Schliesslich sollen Finanzhilfen wie bis anhin gesamtschweizerisch oder sprachregional tätigen Familienorganisationen gewährt werden, die gemeinnützig, konfessionell neutral und parteipolitisch unabhängig sind. Die Finanzhilfen können an Organisationen folgender Förderbereiche ausgerichtet werden: "Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit" oder "Begleitung und Beratung von Familien sowie Elternbildung".

Die grosse Kammer ist am 19. März 2019 ihrer Sozialkommission sowie dem Bundesrat gefolgt und hat das revidierte Bundesgesetz über die Familienzulagen mit 179 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen.

Traktandiert im Ständerat (19.09.2019).

Motion WBK-SR

[19.3953](#)

Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, einen 5-jährigen Monitoring-Zyklus zur Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Das gesamtschweizerische Monitoring soll auf bestehende nationale und kantonale statistisch relevante Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen der Bundesversammlung in Form eines alle 5 Jahre erstellten Berichts zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

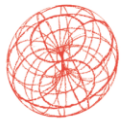
Traktandiert im Ständerat (19.09.2019), gemeinsame Behandlung mit 19.3954 (Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention).

Postulat WBK-SR

[19.3954](#)

Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie - auf der Grundlage des 2018 ausgelaufenen Nationalen Programms gegen Armut - die Aufgabe der Armutsprävention bundesseitig weitergeführt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie das Armutsrisiko bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dank Bildungsmassnahmen verringert werden kann.



Traktandiert im Ständerat (19.09.2019), gemeinsame Behandlung mit 19.3953 (Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz).

Geschäft des Bundesrates

[19.027](#)

Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung. Bundesgesetz

Der Bundesrat will die Situation von pflegenden Angehörigen verbessern. An seiner Sitzung vom 22. Mai 2019 hat er die Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege ans Parlament überwiesen. Das neue Gesetz regelt die Lohnfortzahlung bei kurzen Abwesenheiten und schafft einen bezahlten Betreuungsurlaub für Eltern von schwer kranken oder verunfallten Kindern. Zudem werden die Betreuungsgutschriften in der AHV erweitert und die Hilflosenentschädigung angepasst. In einem Mitbericht an die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) unterstützt die Finanzkommission das Bundesgesetz.

Traktandiert im Nationalrat (23.09.2019).

Motion Feri Yvonne

[17.3661](#)

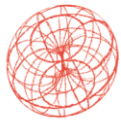
Werbebeschränkungen für Säuglingsanfangs- und Folgenahrung

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, Artikel 41 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung, "Werbebeschränkungen für Säuglingsanfangsnahrungen", auf Folgenahrungen bis zum Alter von zwölf Monaten auszudehnen.

Die Entscheidung, wie ein Säugling ernährt wird, liegt in der Eigenverantwortung der Eltern. Die vorliegende Motion bezieht sich nur auf die Werbung, indem der Artikel nicht nur für Säuglingsmilch für Kinder bis zum Alter von sechs Monaten gelten soll, sondern auch für Folgenahrung. Nur so kann das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erreicht werden, dass die Werbung für alle Muttermilchersatzprodukte, d. h. Säuglingsmilch für Kinder bis zum Alter von zwölf Monaten, eingeschränkt ist. Laut der schweizerischen Gesetzgebung darf Säuglingsanfangsnahrung, d. h. Säuglingsmilch für Kinder bis zum Alter von sechs Monaten, nicht beworben werden. Säuglingsanfangs- und Folgenahrungen sind sich in ihrer Zusammensetzung sehr ähnlich. Die Produkte werden mit nahezu gleicher Packungsgestaltung angeboten und wirken für Verbraucher daher wie zwei Fassungen des gleichen Produkts mit lediglich unterschiedlicher Altersindikation. Werbung für eine Folgenahrung bewirkt deshalb auch unmittelbar eine Bewerbung der entsprechenden Säuglingsanfangsnahrung. Faktisch wird somit das Werbeverbot der Säuglingsanfangsnahrung umgangen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Traktandiert im Nationalrat (23.09.2019, Kurzdebatte).



Motion Quadranti Rosmarie

[17.3667](#)

Statistische Erfassung von "hate crimes" aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, "hate crimes" gegenüber dem im Titel erwähnten Personenkreis statistisch zu erfassen. Die Erhebung dieser Daten ist notwendig, um zu sehen, ob es in der Schweiz diesbezüglich tatsächlich ein Problem gibt.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Traktandiert im Nationalrat (23.09.2019, Kurzdebatte).

Motion Kälin Irène

[19.3070](#)

Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft

Der Bundesrat wird durch die Motion beauftragt, das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) unter Artikel 64 Absatz 7 Buchstabe b dahingehend anzupassen, dass die Kostenbefreiung während einer Schwangerschaft ab der ersten Schwangerschaftswoche greift. Aktuell dürfen Versicherer laut Artikel 64 Absatz 7 Buchstabe b KVG für Leistungen, "die ab der 13. Schwangerschaftswoche, während der Niederkunft und bis acht Wochen nach der Niederkunft erbracht werden", keine Kostenbeteiligung erheben. Durch die heutige Regelung werden Frauen, welche in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen wegen Komplikationen Behandlungen benötigen, gegenüber Frauen, bei denen die Schwangerschaft problemlos verläuft, benachteiligt. Ganz besonders für Frauen, welche eine Fehlgeburt innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen erleiden, scheint die heutige Regelung mehr als unbefriedigend zu sein. Deshalb ist die aktuelle Regelung insbesondere gegenüber von einer frühen Fehlgeburt betroffenen Frauen ungenügend.

Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion. Das Geschäft wurde am 21. Juni 2019 im Nationalrat bekämpft und die Diskussion verschoben.

Traktandiert im Nationalrat (23.09.2019, Kurzdebatte).

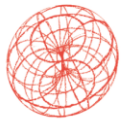
Postulat Gugger Niklaus-Samuel

[19.3262](#)

Geht es den Kindern gut, geht es der Schweiz besser

Der Bundesrat wird durch das Postulat beauftragt, eine geeignete Strategie und ein Massnahmenpaket aufzuzeigen, mit welchen die in Politik und Fachkreisen weitgehend unbestrittene Förderung der frühen Kindheit zugunsten frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (auch frühe Förderung oder FBBE genannt) wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Im aktuellen Bericht der schweizerischen Unesco-Kommission vom Februar 2019 wird betont, dass trotz Studien und Förderprogrammen von Gemeinden, Kantonen, Bund, privater Initiativen und freier Stiftungen, die sich um bessere Rahmenbedingungen in der frühen Kindheit kümmern, der Handlungsbedarf gross bleibt. Benötigt wird demnach eine Koordination der Massnahmen auf Bundesebene und eine geeignete Strategie mit bisher fehlenden gesetzlichen Grundlagen zur Förderung der FBBE. Solide verfassungsmässige und gesetzliche



Grundlagen auf Ebene Bund und Kantone müssten letztlich das Ziel einer Verankerung der Politik der frühen Kindheit sein.

Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates. Das Postulat wurde am 21. Juni 2019 im Nationalrat bekämpft und die Diskussion verschoben.

Traktandiert im Nationalrat (23.09.2019, Kurzdebatte).

Motion Eymann Christoph

[18.3834](#)

Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme

Der Bundesrat soll durch Motion beauftragt werden, im Rahmen der Bildungszusammenarbeit mit den Kantonen (Art. 61a BV) und auf der Basis von Artikel 53 des Ausländergesetzes (AuG) zu prüfen und zu berichten, wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden kann. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Der Bundesrat soll untersuchen, wie der Bund die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten in der ganzen Schweiz umgesetzt werden könnte. Der Nationalrat hat die Motion mit 119 zu 64 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Traktandiert im Ständerat (24.09.2019) , gemeinsame Behandlung mit 19.303 (Integrationskosten).

Standesinitiative

[19.303](#)

Integrationskosten

Der Kanton Thurgau reichte im Februar 2019 folgende Standesinitiative ein: Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist dahingehend zu ändern, dass die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts in dem Sinn relativiert wird, dass die Kosten, die Fremdsprachige durch mangelnde Integrationsbemühungen verursachen (Übersetzungskosten bei Elterngesprächen, Zusatzunterricht in der Schulsprache), den Verursachern auferlegt werden können.

Hintergrund ist, dass Schulgemeinden Eltern dazu bewegen konnten, ihre Kinder in die Sprachspielgruppen vor dem Kindergarteneintritt zu schicken, indem sie androhten, für allfälligen Deutschunterricht Kosten zu erheben, wenn von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wird. Dieses Vorgehen hatte grossen Erfolg, sodass mehr Kinder gut vorbereitet in den Kindergarten eingetreten sind. Dadurch konnte auf einfache Art die bessere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund bewirkt werden. Ein Bundesgerichtsentscheid erachtete diese Massnahme aber als nicht verfassungskonform. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau fordert daher, über eine Standesinitiative die Verfassung schnellstmöglich anzupassen.

Traktandiert im Ständerat (24.09.2019), gemeinsame Behandlung mit 18.3834 (Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme).